

Küstenländer ködern Betriebe mit Ökostrom

Saubere Elektrizität soll für Norddeutschland zum Geschäftsmodell der Zukunft werden - und energieintensive Industrien zum Umzug bewegen.

Mit Großankündigungen haben sie Erfahrung in Wilhelmshaven. Einen Industriepark mit 5000 Jobs versprochen sie sich in der Stadt, als Anfang der Siebziger der Voslapper Groden der Nordsee abgerungen wurde. Doch anstelle der erhofften Fabriken siedelten sich Tüpfelsumpfhühner und Rohrdommeln auf dem eingedeichten Areal an. Nebenan sind inzwischen die Kräne des Jade-Weser-Ports in die Höhe gewachsen, aber der Groden liegt noch immer weitgehend brach.

Die Menschen vor Ort sollten also vorsichtig sein, wenn derzeit Meldungen von einer "Gigafabrik für grünen Wasserstoff" kursieren, wenn von 1200 Arbeitsplätzen und einer Investition von 2,5 Milliarden Euro die Rede ist. Tree Energy Solutions, eine Tochter der belgischen Finanzgruppe Atlasinvest, will per Schiff über den Voslapper Groden synthetisches Methan importieren, erzeugt auf der Arabischen Halbinsel mit grünem Strom. In Wasserstoff umgewandelt oder ins Erdgasnetz eingespeist, soll es langfristig für zehn Prozent des gesamten deutschen Energiebedarfs reichen. 2023 könnte der Bau starten.

Kommt der Aufschwung mit fünf Jahrzehnten Verspätung also doch noch nach Wilhelmshaven? Im Rathaus strotzt Oberbürgermeister Carsten Feist jedenfalls vor Optimismus: "Wir haben hier im Nordwesten genau das, was die Industrie braucht: saubere Energie im Überfluss." Genauso klingt Niedersachsens Energieminister Olaf Lies. "Industrie folgt Energie" - diesen Satz wiederholt der SPD-Politiker fast mantraartig, wenn er irgendwo an der Küste eine Förderzusage des Landes an ein Energieprojekt überbringt (siehe Interview).

Wer dieser Tage mit Politikern in den nördlichen Bundesländern über den Industriestandort Deutschland spricht, spürt eine Art Gründerfieber, das in der Luft zu liegen scheint. Ausgelöst hat es die Ampelregierung, die nach langem Stillstand Schwung in die Klimapolitik bringen will. Gerade im Norden, der sich ohnehin als Vorreiter der Energiewende sieht, verspricht man sich einen Schub. Manchmal schwingt aber noch etwas anderes in diesen Gesprächen mit: Schadenfreude gegenüber dem Süden, der den ökologischen Umbruch verschläfe.

Windräder und Gasspeicher

Tatsächlich bietet der Norden gerade energieintensiven Branchen eine Reihe von Vorteilen. Während der Windkraftausbau in Bayern fast zum Erliegen gekommen ist, drehen sich auf See bereits mehr als 1500 Windräder, zusammen so stark wie sieben Atomkraftwerke. Bis 2030 soll sich die Leistung mehr als verdoppeln, bis 2045 fast verzehnfachen. Auch an Land haben Niedersachsen und Schleswig-Holstein den Süden abgehängt. Hinzu kommen gewaltige unterirdische Speicherkavernen in der norddeutschen Tiefebene. Bislang werden sie für Öl und Gas genutzt, doch wenn all die Windparks in Zukunft wieder einmal mehr Strom liefern, als Betriebe und Haushalte benötigen, soll dort Windstrom in Form von Wasserstoff gespeichert werden.

Auch die Häfen sprechen für den Norden. Wilhelmshaven nennt sich gern "Deutschlands Energiedrehscheibe", weil hier ein großer Teil der Öl- und Kohleimporte angelandet wird. Jetzt ist von einer "Drehscheibe 2.0" die Rede. Die Stadt will zum Umschlagplatz für Ökostrom und klimaneutralen Wasserstoff werden. Letzterer soll per Schiff kommen, ob verflüssigt, in Form von Ammoniak oder als synthetisches Methan. Auch Pipelines zu Elektrolyseuren auf künstlichen Inseln in der Nordsee wären denkbar. Ohne solche Importe können Branchen wie die Zement- oder Chemieindustrie ihren Wasserstoffbedarf nicht decken.

Streit um Strompreiszonen

Wie wichtig das Gas als Energieträger für die Industrie ist, zeigt das Beispiel der Salzgitter AG. Bisher betreibt der Stahlkonzern seine Produktion mit Koks- und Kohle, wobei rund ein Prozent des gesamten deutschen CO₂-Ausstoßes anfällt. Bis 2033 soll grüner Wasserstoff die Kohle schrittweise ersetzen.

Doch dazu benötigt das Unternehmen gewaltige Mengen sauberer Energie. Der Standort seines Hüttenwerks in Norddeutschland erleichtert die Umstellung: Um ihn an die notwendige Energieinfrastruktur anzubinden, bedürfte es nur einer rund zehn Kilometer langen Hochspannungsstrasse. "Die Anbindung südlicher gelegener Standorte ist da deutlich aufwendiger", teilt die Salzgitter AG mit.

"Die sichere Verfügbarkeit von CO₂-freier Energie wird für die Industrie immer wichtiger", sagt der Energieexperte Christoph Podewils, der in seinem Buch "Deutschland unter Strom" den Wechsel von fossilen auf erneuerbare Energien beschreibt.

Der windreiche Norden bietet dafür beste Voraussetzungen." Er hält den Optimismus in den Nordländern für nicht unberechtigt - mit einer Einschränkung. " Stromüberschüsse bedeuten nicht zugleich günstige Strompreise dort", sagt Podewils. " Denn durch den heutigen Zuschnitt des Strommarkts spielt es keine Rolle, wie weit eine Kilowattstunde transportiert werden muss - sie kostet überall dasselbe."

Denn anders als etwa in Norwegen gibt es in Deutschland nur eine Strompreiszone. Zwar ist das der EU-Regulierungsbehörde ACER seit Langem ein Dorn im Auge. Sie drängt auf eine " Durchschneidung der Kupferplatte", also die Aufteilung in mindestens zwei Preiszonen. Dadurch sollen Anreize für den Ausbau der Erneuerbaren in Süddeutschland geschaffen werden. Doch bis genügend Erzeugungskapazitäten geschaffen wären, hätte das zur Folge, dass die Strompreise im Norden deutlich sinken, im Süden dafür steigen würden. " Dagegen gibt es in München und Stuttgart natürlich heftigen Widerstand", sagt Podewils.

Andreas Löschel, **Energieökonom** an der Ruhr-Universität Bochum, bezweifelt daher, dass es so weit kommt. Er bringt alternativ ein Bonus-Malus-System ins Spiel, um den Ökostrom- und den Netzausbau zusammenzubringen und die damit verbundenen Lasten gleichmäßiger zu verteilen. Das Prinzip ist simpel: In Regionen mit hoher Netzauslastung gibt es weniger Geld für jede zusätzlich eingespeiste Kilowattstunde Strom. Wo die Auslastung dagegen niedrig ist, gibt es mehr. " Das derzeitige System liefert keine treffsicheren Anreize für die Netznutzung und belastet stattdessen Regionen, die den Ausbau am stärksten vorantreiben." Tatsächlich zählen die Netzentgelte in Schleswig-Holstein zu den höchsten in Deutschland.

Bei der IHK Nord, der Arbeitsgemeinschaft norddeutscher Industrie- und Handelskammern, fürchtet man deshalb sogar Nachteile für den Standort Norddeutschland. " Die Entgelte schrecken verbrauchsintensive Gewerbe und Industrieunternehmen ab und können sogar eine Abwanderung ansässiger Unternehmen fördern", erklärt der Vorsitzende Norbert Aust auf Anfrage.

Bei der Bundesregierung stößt die IHK damit auf offene Ohren. Der Koalitionsvertrag enthält zwar nur zwei Zeilen über die Netzentgelte, doch die sind deutlich. Man werde eine Reform vorantreiben, "die die Transparenz stärkt, die Transformation zur Klimaneutralität fördert und die Kosten der Integration der erneuerbaren **Energien** fair verteilt". Es ist eine deutliche Ansage an die südlichen Bundesländer: Die Zeiten, in denen ihnen die Strompreise einen gewissen Vorteil verschafften, könnten bald zu Ende sein.

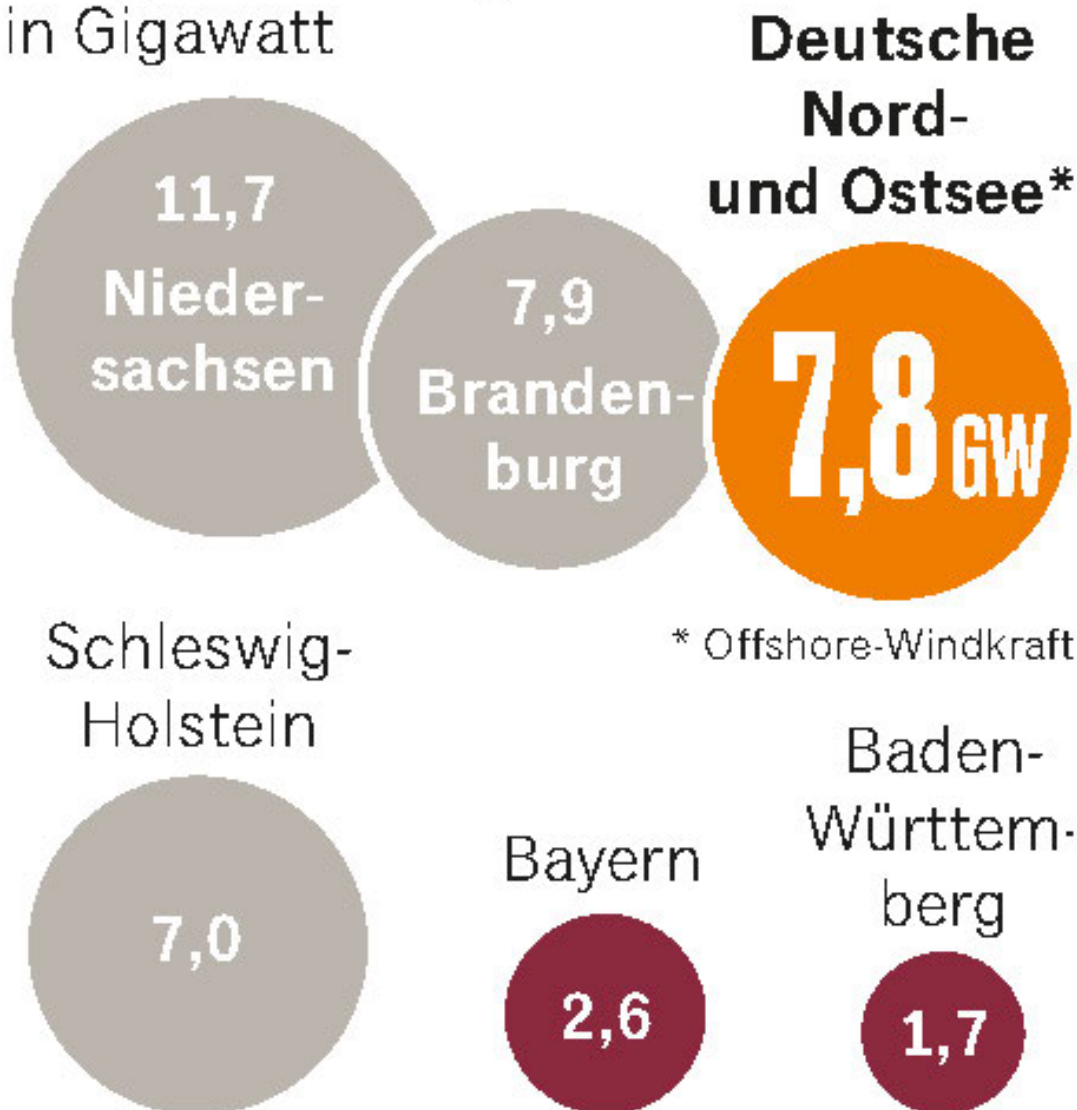
ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

1500 Offshore-Windräder stehen aktuell vor den Küsten der deutschen Nord- und Ostsee und produzieren so viel Strom wie sieben mittelgroße Atomkraftwerke. Quelle: Deutsche Windguard Die Verfügbarkeit CO2 - freier **Energie** wird für die Industrie immer wichtiger. Christoph Podewils **Energieexperte**

Nord-Süd-Gefälle

Windenergie-Kapazität 2021

Ausgewählte Regionen
in Gigawatt



Quellen: Deutsche Windguard, Bundesverband
HANDELSBLATT der Windparkbetreiber Offshore

Energiebranche: ErneuerbareEnergie - Windkraft-Kapazität in ausgewählten Bundesländern sowie der Offshore-Windkraft in der deutschen Nord- und Ostsee in Gigawatt 2021 (MAR / UMW / Grafik)


Kühn, Volker

Quelle:	Handelsblatt print: Heft 34/2022 vom 17.02.2022, S. 42
Ressort:	Specials
Serie:	Green Economy - Neo Ökologie (Handelsblatt-Beilage)
Branche:	ENE-01 Alternative Energie
Dokumentnummer:	DC5FAD05-BAF0-4DDD-BF06-EAF01CDDE330

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_DC5FAD05-BAF0-4DDD-BF06-EAF01CDDE330%7CHBPM_DC5FAD05-BAF0-4DDD-BI

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH